gerade Diskussionsfreiheit, Reagieren auf die deutschen Verhältnisse stellt er als Aufgabe. Die Freude der Sozialdemokraten über die Moskauer Kritik, ihre Hoffnung auf die Zersetzung und das Ende der KPD. wird eine vergebliche sein, es wird ihnen nicht gelingen, die Reihen der Partei der Kommunisten zu verwirren. Aber die Aufgabe der SPD. ist Kommunistenhetze. Wie unangenehm ihnen die den Verhältnissen angepaßte Kursänderung der KPD. ist, zeigt ihre Furcht vor der Einheitsfront, vor der Gewerkschaftsarbeit der KPD. Das Orakel der Sozialdemokratie von der Liquidierung der KPD. kann nur ein schallendes Gelächter auslösen.

Die bürgerlichen Zeitungen beurteilen die Dinge wesentlich anders. Ein Teil der Presse registriert nur unter schreienden Ueberschriften vom „Krach in der KPD." das Erscheinen des Briefes. Die faschistische „Deutsche Zeitung" schreibt: „Das Todesurteil der KPD." Sie glaubt aus der Auseinandersetzung in der KPD. Dividenden gewinnen zu können und führt aus:

„Der Aufruf der KPD. hat durchaus recht, wenn er meint, die „Beschlüsse der Exekutive" seien von größter Tragweite für die Zukunft der Partei. Die Sozialdemokratie wird in dem Frontwechsel der KPD. mit Unrecht Morgenluft wittern. Ihr spricht die bolschewistische Kundgebung ein noch vernichtenderes Urteil, als der KPD.: Barmat-Führer, die den Arbeiter im Parlament von vorn und hinten verkaufen! — Die völkische deutsche Arbeiterbewegung, das ständige Anwachsen der vaterländischen Bewegung durch Massen deutscher Arbeiter, die sich zum nationalen Gedanken zurückfinden, erwähnt das bolschewistische Todesurteil der KPD. nicht. Sie erwähnt nicht, daß sie die Geister sind, die Moskau für die deutsche KPD. fürchtet — und das mit Recht."

Auch diese Spekulation der Partei des Uniformvetters Hindenburg wird daneben gehen. Etwas richtiger fühlt sicherlich die „Berliner Börsenzeitung", das Blatt der Hochfinanz, die Dinge. Diese spricht von einer gefährlichen Wendung für die bürgerliche Gesellschaft. Sie schreibt: „Neue Wege zum revolutionären Klassenkampf." und erklärt, die Umstellung der KPD. sei ein ernstes Beginnen, die Wirtschaftskämpfe zu verstärken und kommt zu dem Schluß:

„Die Gefahr der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes angesichts der zu erwartenden Erhöhung der Wirtschaftsnot liegt also vor. Dieser Gefahr muß das deutsche Bürgertum ins Auge sehen. Wir sind gespannt, wie man sich in den Kundgebieten des Bürgertums, beim linken Zentrum und bei den Demokraten, mit dieser Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, mit diesem Neuaufmarsch zu Klassenkampf und Umsturz, abfinden wird."

Aehnlich beurteilt der „Dresdner Anzeiger" die Angelegenheit unserer Auseinandersetzung. Interessant ist dabei, daß der „Dr. A." die linken Sozialdemokraten vor einem Zusammengehen mit den Kommunisten warnt und ihnen dabei attestiert, daß sie für die bürgerliche Gesellschaft keineswegs gefährlich, sondern eine gerngesehene Opposition sind. Der „Anzeiger" schreibt:

„Daß das keine Annäherung an nichtkommunistische Ziele bedeutet, wird man ihr (der Exekutive, d. Red.) freilich glauben können. „Mögen die Methoden sich auch hier und da ändern, das Ziel, der Bolschewismus, bleibt ohne Zweifel das gleiche. Es wäre verhängnisvoll, wenn man in manchen Kreisen — vor allem gewisse radikale Teile in der Sozialdemokratie dürften dieser Gefahr ausgesetzt sein — glauben sollte, die Kommunisten wollten sich zu einer Partei wandeln, mit der man unter Umständen zusammenarbeiten könnte. Wozu solche Hoffnungen führen, haben wir in Sachsen im Herbst 1923 deutlich genug zu spüren bekommen."

Das Bürgertum merkt: die Forderungen des Briefes bedeuten verschärften Kampf gegen den untergehenden Kapitalismus, feste Stütze der Republik der Arbeiter und Bauern. Die Arbeiter auch in Deutschland fangen an, sich stärker nach dem Osten zu orientieren. Alle Mühe der SPD.-Führer, die Arbeiter davon abzuhalten, wird vergeblich sein.

Unsere Parteigenossen aber werden mit stärkster Entschlossenheit die Orientierung auf die sich nach links entwickelnden Arbeitermassen einstellen und in tatkräftiger Arbeit die Partei stärken, um die Arbeiter für den Sieg der Revolution zu gewinnen!

R.

Die Abstimmung der Parteifunktionäre über den Brief der Exekutive

Berlin, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Zur Reichskonferenz der verantwortlichen Parteifunktionäre ist noch nachzutragen:

Die Abstimmung über den Exekutiv-Brief und zur Resolution der Konferenz, bzw. der hierzu gestellten Abänderungsanträge ergab folgendes Resultat:

1. **Abänderungsanträge Kögler, Berlin**
   mit 47 gegen **9 Stimmen abgelehnt** bzw.
   mit 96 gegen 11 Stimmen abgelehnt.
2. **Abänderungsanträge Ernst Meyer-Berlin**
   mit 53 **gegen 3 Stimmen** abgelehnt bzw.
   mit 102 **gegen 5 Stimmen** abgelehnt.
3. **Resolution des Zentralkomitees**
   mit 48 (54) Stimmen gegen 6 bei 2 Stimmenthaltungen **angenommen** bzw.
   mit 92 (98) Stimmen gegen 13 bei 2 Stimmenthaltungen **angenommen.**
4. **Brief des EKKI.**
   mit 51 (57) Stimmen gegen 4 bei 1 Stimmenthaltung angenommen bzw.
   mit 93 (99) gegen 10 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen.

Die Abstimmung wurde so durchgeführt, daß zunächst die Funktionäre aus den Bezirken allein abstimmten, alsdann die übrigen Teilnehmer (Zentralkomitee, Bezirkssekretäre, Redakteure und Jugend). Selbst Genossen aus Süddeutschland mußten kurz vor der Abstimmung zu ihren Zügen. Sie haben eine schriftliche Erklärung abgegeben, nach der sie sowohl für den Brief, wie für die Resolution stimmen. Die Zahlen haben wir in Klammern ergänzt.

Kohlenarbeiterstreik in Neuyork

London, 1. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) **Wie aus Amerika gemeldet wird, ist der Streik der Kohlenarbeiter vollständig. Präsident Coolidge hatte eine Vermittlung abgelehnt. Die Bergherren haben 10 000 Mann für Notstandsarbeiten die Arbeitserlaubnis gegeben.**

Die Presse zum Brief der Exekutive

Die gesamte Presse beschäftigt sich natürlich stark mit dem Brief der Exekutive an die KPD. Während ein Teil der Blätter den Bankrott der KPD. ankündigt, weist der andere Teil auf die ernste Bedeutung der Wendung der KPD. hin.

Die Pressestimmen:

„Vorwärts": „Die Exekutive der Kommunistischen Internationale nimmt eine Liquidation der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands vor. Die kommunistischen Parteiangehörigen **werden über die einschneidende Liquidation durch einen Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale unterrichtet, der über drei volle Seiten der „Roten Fahne" hinweg veröffentlicht wird.** Die große Masse der kommunistischen Anhänger — ausgenommen den kleinen Haufen, der mit berauschtem Kopf jede neue These der Exekutive als Evangelium gläubig hinnimmt — wird bei der Lektüre dieses unendlich langen Briefes stöhnen: „Mir wird von alledem so dumm, als ging mir ein Mühlrad im Kopf herum." Sie wird fragen: warum haben wir von alledem, was uns da erzählt wird, nichts erfahren? Sind wir denn ein Spielzeug in der Hand einiger Literaten in Deutschland und einiger skrupelloser Politiker in Moskau? Und sie wird vor allem fragen: Warum haben wir denn überhaupt eine Kommunistische Partei, wenn die Dinge so bei uns stehen, wie es uns geschildert wird? Denn dieser Brief der Exekutive ist eine Bankrotterklärung. Er ist das Zugeständnis, daß die Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands am Ende ist..."

„Berliner Volkszeitung": „Die Reorganisierung der Partei soll erfolgen auf der Linie des linken Flügels der Kommunisten in der Ablehnung der Methoden des rechten wie des ultralinken Flügels. Der Systemwechsel bei den deutschen Kommunisten ist jedenfalls von **nicht zu unterschätzender Bedeutung für die weitere politische Entwicklung der Arbeiterbewegung.** Daß die Moskauer Exekutive aus der derzeitigen hoffnungslosen Lage des deutschen Kommunismus die energische Konsequenz zu einer Umformung der Partei zieht, zeigt jedenfalls, wieviel **Aktivität und Draufgängertum im Bolschewismus nach wie vor steckt.** Daraus ergibt sich vor allem für die Partei, gegen die sich der Kampf der reorganisierten Kommunistischen Partei in erster Linie wenden wird, also für die Sozialdemokratie, die unausweichliche Konsequenz, ebenso energisch alle Keime des Zerfalls, der Erschlaffung und Vergreisung auszumerzen, die ihre Schlagkraft heute schwächen! Dasselbe gilt natürlich ebenso für die Nachbarparteien!"

„Tägliche Rundschau": „Die Kommunistische Partei Deutschlands erhält von der Exekutive der Kommunistischen Internationale in Moskau wieder einmal einen so scharfen Tadel und so energische Verhaltungsmaßregeln für die Zukunft, daß der „Vorwärts" bereits von einem Bankrott dieser Partei spricht... Das A und O der künftigen kommunistischen Parteipolitik in Deutschland soll nunmehr tatsächlich eine im bolschewistischen Sinne richtige Behandlung der Gewerkschaftsfrage, die Herausbildung eines linken Flügels in den Gewerkschaften sein. Bisher scheint diese Politik mißlungen zu sein, und der „Vorwärts" glaubt deshalb allen Grund zum Triumph haben zu können. Daß er aus diesem Niedergange der Kommunistischen Partei die Folgerung zieht, nunmehr kräftig unter den enttäuschten Kommunisten werben zu wollen, ist von seinem Standpunkt aus zu verstehen, ob aber die Sozialdemokratische Partei im Falle eines Gelingens dieses Werbefeldzuges, das linke Element in ihr wieder außerordentlich verstärken würde, gerade an innerer Festigkeit gewinnen wird, steht sehr dahin. Der Verlauf des dicht bevorstehenden Sozialdemokratischen Parteitages, der auch über das neue Parteiprogramm zu sprechen und zu entschließen haben wird, wird zeigen, wie weit die sozialdemokratische Parteileitung derartigen Strömungen von links her entgegenzukommen gewillt sein wird."

Die „Berliner Börsenzeitung" sieht in der Auseinandersetzung eine gefährliche Wendung für die bürgerliche Gesellschaft. Ihren Artikel zu dieser Frage überschreibt sie mit dem bezeichnenden Titel „Neue Wege zum revolutionären Klassenkampf". Diese Zeitung schlußfolgert, daß die Umstellung der Partei ein ernst zu nehmendes Beginnen der Kommunisten sei, die aktuellen Wirtschaftskämpfe zu verschärfen, und kommt zu den folgenden Schlußfolgerungen:

„Die Gefahr der weiteren Verschärfung des Klassenkampfes angesichts der zu erwartenden Erhöhung der Wirtschaftsnot liegt also vor. Dieser Gefahr muß das deutsche Bürgertum ins Auge sehen. Wir sind gespannt, wie man sich in den Kundgebieten des Bürgertums, beim linken Zentrum und bei den Demokraten, mit dieser Neugruppierung der revolutionären Kräfte in Deutschland, mit diesem Neuaufmarsch zum Klassenkampf und Umsturz abfinden wird."

Die Großbourgeoisie also sieht den ernsten Willen der Kommunisten, die KPD. zu einem wirksamen und scharfen Instrument des revolutionären Klassenkampfes zu machen, mit ganz anderen Augen an als die Sozialdemokraten, die da glauben, an der Peripherie der Partei im Trüben fischen zu können.

„Kreuzzeitung": „Die KPD. will neue Wege zur Revolutionierung der Massen einschlagen. In erster Linie richtet sich ihre Taktik auch in Zukunft gegen die Sozialdemokratie, und man hofft auf kommunistischer Seite, durch der Sozialdemokratie abgejagte Arbeiter und durch Bauernfang während der Wirtschaftskrisis und ihrer Auswirkungen wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Unterstützt in diesem löblichen Bestreben wird die KPD. durch den Pazifisten- und Reichsbanner-General von Schönaich, der augenblicklich in kommunistischen Versammlungen Vorträge über seine Reiseeindrücke in Rußland hält und ihren Idealstaat lobt!"

Steigende Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Berlin wächst infolge zunehmender Betriebseinschränkungen und Stillegungen. Dementsprechend ist der Arbeitsmarkt im allgemeinen verschlechtert. Es **werden** weniger **Arbeitskräfte verlangt,** und bei den Arbeitsnachweisen tragen sich mehr Arbeitsuchende ein. In der letzten Woche stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 2700. Männliche Facharbeiter und ungelernte Arbeiter werden von der Arbeitslosigkeit hauptsächlich betroffen. Etwas weniger die weiblichen und die jugendlichen Arbeitskräfte. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge der schlechten Wirtschaftslage, Konkursmeldungen und Geschäftsaufsicht ist zu erwarten. Eingetragen waren bei den Arbeitsnachweisen 47 498 gegen 44 743 der Vorwoche.

Die Berliner Gemeindearbeiter für gemeinsamen Kampf mit Eisenbahnern und Postlern

Im Lehrervereinshaus Berlin tagte Dienstag eine Versammlung der Reichs- und Staatsarbeiter, die einen Bericht des Kollegen Stetter vom Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes über die Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium entgegennahm. Die Stellungnahme der Regierung wurde als eine Herausforderung der Reichs- und Staatsarbeiter bezeichnet. Die Vertröstung mit dem Preissenkungsschwindel könne den Arbeitern nicht genügen. Denn die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter liegen tief unter denen aller Industrieproletarier. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Versammlung beauftragt den Verbandsvorstand, falls es bei der Bahn oder Post zum Kampf, also zur Arbeitseinstellung kommt, die Berliner Mitglieder sofort zusammenzuberufen, um Stellung zu nehmen zur Arbeitseinstellung."

Die Dawesmillionen fliegen

Berlin, 2. September. Wieder ist ein Flugzeug mit 36 Millionen Dawes-Obligationen nach London abgeflogen. Der „Vorwärts" erzählt seinen Arbeiterlesern, daß Herr Geheimrat Rück die Sendung begleite. Ein Wort der Kritik finden die Erfinder der „Dawessonne" am sozialdemokratischen Zentralorgan immer noch nicht, weil sie immer noch den Arbeiter im schönen Glauben erhalten wollen, daß der Dawesplan die herrlichste Erfindung für das deutsche Proletariat sei.

Die Rebellion der Zentrumsproleten
wird demagogisch umgebogen.

Der Bezirksausschuß der katholischen Arbeitervereine in Düsseldorf Stadt und Land beriet über die durch den Austritt Wirths aus der Zentrumsfraktion geschaffene Lage und faßte eine Resolution. Die Resolution bedauert die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums, die Wirth diesen Schritt notwendig erscheinen ließ. Ferner gibt sie der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Fraktion in den letzten Monaten ihre Aufgaben nicht erfüllt habe; dies werde durch den Rechtfertigungsversuch Fehrenbachs nur bestätigt. Wirths Austritt müsse von allen Parteiinstanzen als Appell zur Besinnung und Umkehr gewertet werden. Wirth wolle die Partei nur davor behüten, daß bald die Führer ohne Wähler dastehen. Wirth wird genannt „ein Symbol des begeisterten republikanischen und sozialen Geistes in der Zentrumspartei". Es wird ein außerordentlicher Reichsparteitag, der im Südwesten stattfinden soll, verlangt, um die Wiedervereinigung aller politischen aktiven Kräfte im deutschen Katholizismus herbeizuführen. Die Wiedervereinigung dürfe aber nicht auf Kosten des demokratischen, sozialen und republikanischen Gehaltes der Zentrumspolitik erfolgen.

Das Maß dessen, was man der Arbeiterschaft des Westens glaube bieten zu können, sei gerüttelt voll. Das Zentrum **könnte im Westen verlieren, was er im Süden** möglicherweise **gewinnen kann. Die Resolution fordert eine** weitsichtige Politik **der Befriedigung Europas mit den demokratisch** [illegible] republikanisch **gesinnten Volkskreisen.** Sie schließt: „Parteileitung **handle weise!" Es ist auf den ersten Blick ersichtlich,** daß diese **wohltemperierte Opposition Wirths in echt** jesuitisch politischer **Weise vom Zentrum aufgezogen ist,** um den Arbeiterwählern **dieser Partei einige moralinsaure Beruhigungspillen** gegen die **brutal-ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik der** Reichstags**fraktion zu verabreichen. Man hat Angst, die gerupften** Wähler **würden die fetten Herren von Kutte und Geldsack** endlich doch zum Teufel schicken. In Voraussicht einer Rebellion der proletarischen Zentrumswähler wird auf dem Umwege dieses Austritts der Wiedereinfang der Widerspenstigen unter der Parole „Wiedervereinigung" klug und weise eingeleitet. Das ist Pfaffen-Fischzug!

Niederlage der Spanier in Marokko

Berlin, 2. September. Nach einer Funkmeldung der [illegible] aus Fes ereignete sich bei dem französisch-spanischen Angriff auf Ajdir ein schwerer Unglücksfall. Das spanische Transportschiff „Espana Quito", **das etwa 1000 Soldaten** der spanischen **Fremdenlegion an Bord hatte, sank infolge des** Bombardements **der Riffleute mit allen an Bord befindlichen** Leuten. Die eingeleitete Offensive hat zu einem schweren Mißerfolg der Spanier geführt. 40 000 Spanier **machten einen erfolglosen Angriffsversuch auf Ajdir.** Alle Landungsversuche wurden von den Kabylen verhindert und die Spanier mit schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Paris, 2. September. Die französisch-spanische Flotte hat versucht, an zwei Punkten der Alhucemasbucht Landungen auszuführen. Die Riffkabylen leisteten aber verzweifelten Widerstand und konnten die Landung **verhindern.** Abd el Krims Hauptquartier liegt in der Nähe der Bucht und wird von den Schiffsgeschützen unter Feuer genommen. Die Riffkabylen ziehen neue Kräfte bei Segeschauen zusammen, um sich dort vor einer Offensive zu sichern.

Die englischen Räuber in Genf

Genf, 2. September. Die neue Völkerbundstagung hat ihre erste öffentliche Sitzung abgehalten. Die Mossulfrage, d. h. der nackte Raub, den England durch Wegnahme dieses Petroleumgebietes an der Türkei begehen will, wurde bezeichnenderweise für diese Vereinigung imperialistischer Räuber in die Geheimsitzung verschoben. Englischerseits **werden** Gerüchte in Umlauf gesetzt, es finden Verhandlungen zwischen der türkischen und englischen Delegation über Mossul statt, zwecks friedlicher Einigung. Gleichzeitig lassen die Engländer sich aus Bagdad telegraphieren, das Irakparlament, d. h. einige Söldlinge des englischen Imperialismus, habe beschlossen, auch nach Ablauf der englischen Mandatsfrist weiterhin ein enges Bündnis mit England aufrecht zu erhalten. England will bekanntlich ein weiteres Mandat auf 25 Jahre sich geradezu aufzwingen lassen. So selbstlos sind die englischen Imperialisten. Die türkische Delegation verwahrt sich sehr energisch gegen Gerüchte und Machenschaften.

Briand und Chamberlain haben schon in einem nächtlichen Gespräch die Garantiepaktprobleme aufs eingehendste erörtert.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!
Demonstriert am 5. u. 6. Sept. mit der Kommunistischen Jugend in Meißen